

Tipps bei steigenden Mieten und Nebenkosten

## Jetzt Reinhören: Neue Podcast-Folge

Die Mieten und die Kosten für Strom und Gas steigen gerade drastisch. Es gibt zwar an einigen Stellen Entlastungen, viele Betroffene wissen aber trotzdem nicht, wie sie das Ganze finanziell stemmen sollen. In der aktuellen Folge von „Kein Ponyhof – Aus dem Alltag einer Sozialberatung“ sprechen die beiden Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel darüber, was man tun kann, wenn einem die Mietzahlungen über den Kopf wachsen. Außerdem erläutern sie, wem eigentlich das sogenannte Wohngeld

zusteht und wie man die Leistung überhaupt beantragen kann.

Mit ihrem Gast Reinold von Thadden, Justiziar beim Deutschen Mieterbund Niedersachsen-Bremen, reden Jäkel und Lorenz darüber, wie man zu hohe Nebenkosten vermeidet, was Vermieter\*innen eigentlich dürfen und was passiert, wenn man seine Miete und die Nebenkosten nicht mehr zahlen kann.

Die neue Folge von „Kein Ponyhof“ ist auf allen gängigen Podcast-Plattformen und im Internet unter [www.sovd-nds.de/podcast](http://www.sovd-nds.de/podcast) abrufbar.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat veröffentlicht der SoVD in Niedersachsen eine neue Folge seines Podcasts „Kein Ponyhof“.

SoVD-Vortrag informiert über sozialrechtliche Ansprüche

## Sozialleistungen aufgrund Energiekrise

Auch 2023 setzt der SoVD in Niedersachsen seine digitale Vortragsreihe fort. In der ersten Veranstaltung des Jahres geht es um die Frage „Welche Ansprüche auf Sozialleistungen können mir aufgrund der Energiekrise zustehen?“. Eine Antwort darauf geben die SoVD-Referenten am 26. Januar 2023 von 16 bis 17.30 Uhr per Zoom in ihrem Online-Vortrag „Energiekrise – Sozialrechtliche Ansprüche?“.

2023 informiert der SoVD in Niedersachsen in seiner kostenlosen digitalen Vortragsreihe zu besonders gefragten Themen aus dem vergangenen Jahr, hat aber auch einige neue Vortragsthemen im Programm. In der Auftaktveranstaltung

am 26. Januar 2023 geben die Referenten Frank Rethmeier und Fridtjof Ilse von 16 bis 17.30 Uhr einen Überblick über mögliche Ansprüche auf Sozialleistungen, wie zum Beispiel Arbeitslosengeld II beziehungsweise Bürgergeld, Sozialhilfe oder Wohngeld, die Teilnehmenden aufgrund der Energiekrise zustehen können. Sie beleuchten zudem weitere mögliche Ansprüche außerhalb des Sozialrechts.

Anmelden können sich alle Interessierten bis zum 23. Januar mit einer E-Mail an [weiterbildung@sov-nds.de](mailto:weiterbildung@sov-nds.de). Mehr Informationen sowie die aktuellen Vortragsthemen sind unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de) abrufbar.



Foto: Yavdat / Adobe Stock

Teilnehmende erhalten einen Zoom-Teilnahmelink per E-Mail.

SoVD erhält Förderung für Teilhabeberatung / EUTB® in ganz Niedersachsen

## Über 5 Millionen Euro

Der SoVD in Niedersachsen ist seit 2018 Träger von elf Beratungsstellen der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB®). Die EUTB® berät Menschen mit Behinderung unter anderem zu den Themen Arbeit, Schule, Freizeit und barrierefreies Wohnen. Zum 1. Januar 2023 werden die Beratungsstellen in SoVD-Trägerschaft für weitere sieben Jahre mit rund 5,5 Millionen Euro gefördert.

Niedrigschwellige Beratung auf Augenhöhe – das ist das Markenzeichen der EUTB®-Beratung. Egal, ob im Ammerland, im Emsland, im Heidekreis, in Goslar, in der Wesermarsch, in Leer, Nienburg, Northeim oder Holzminden: In Niedersachsen stehen die Berater\*innen mit Rat und Tat zur Seite. Seit fünf Jahren ist der SoVD Träger dieser EUTB®-Beratungsstellen. Und das mit Erfolg. Die Beratungszahlen steigen kontinuierlich.

Jetzt fördert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Weiterbetrieb mit rund 5,5 Millionen Euro bis 2029. „Wir freuen uns sehr, dass wir die Förderung erhalten. Immerhin ist das ein weiterer Beweis für die wichtige und gute Arbeit der EUTB®-Kolleg\*innen“, findet Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Und ergänzt: „Gleichzeitig finden wir es schade, dass die Beratung

noch kein dauerhaftes Regelangebot ist. Für Menschen mit Behinderung oder diejenigen, die von einer Behinderung bedroht sind, ist die Beratung von großer Bedeutung.“

Diese ist nicht nur unabhängig und kostenlos, sondern funktioniert auch nach dem Konzept des „Peer Counseling“.

Das heißt, Betroffene beraten Betroffene. Durch die Einbettung der EUTB® in lokale Netzwerke haben die Berater\*innen zudem einen guten Überblick über sämtliche Leistungserbringer und -träger.

Weitere Informationen gibt es unter [www.sovd-nds.de/beratung/teilhabeberatung](http://www.sovd-nds.de/beratung/teilhabeberatung).



Foto: Lennart Helal

Wer die EUTB® in Anspruch nehmen möchte, muss nicht SoVD-Mitglied sein. Das Angebot ist kostenlos und unabhängig von Trägern.

SoVD-Ausschüsse diskutieren Handlungsbedarf und arbeiten an Positionspapier

## Pflegesituation verbessern

Die Ausschüsse für Sozialpolitik, für Frauen- und Familienpolitik und der Jugendbeirat des SoVD-Landesverbands Niedersachsen kamen im Dezember zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Den Beteiligten war wichtig, ein zentrales sozialpolitisches Thema aus verschiedenen Perspektiven zu erörtern sowie ihre Zusammenarbeit zu stärken. Im Mittelpunkt des Treffens standen daher der Austausch und die Diskussion über die vielfältigen Herausforderungen in der Pflege und über mögliche Lösungen.

Im Vorfeld ihrer Sitzung hatten sich die Ausschüsse auf das gemeinsame Schwerpunktthema Pflege geeinigt, zu dem es zwei Impulsvorträge gab. Prof. Dr. Martina Hasseler, Pflegewissenschaftlerin und als 2. Kreisvorsitzende in Oldenburg engagiert, gab in ihrem Vortrag einen Überblick über die aktuellen strukturellen Probleme im Bereich der Pflegeversicherung. Sie erläuterte, wie reformbedürftig der Pflegebedürftigkeitsbegriff an sich ist und behandelte außerdem den Personalmangel in den Pflegeberufen sowie die steigenden Eigenanteile in der stationären Langzeitpflege.

Häusliche Pflege und die Überlastung pflegender Angehöriger waren weitere wichtige Aspekte, die auch im Zentrum eines zweiten Vortrags von Katharina Lorenz, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik, standen. Diese beleuchtete sie umfassend anhand aktueller Daten zur Situation von Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen.



Foto: Sara Masić

In ihrer gemeinsamen Sitzung befassten sich die Ausschussmitglieder mit den derzeit umfangreichen Problemen in der Pflege.

In der anschließenden Diskussion waren sich die Teilnehmenden einig, dass vor allem die Bedürfnisse Pflegebedürftiger und deren Angehöriger ganzheitlicher und altersübergreifend betrachtet werden müssen. Sowohl unter den pflegenden Menschen als auch unter den Pflegebedürftigen seien alle Altersgruppen vertreten. Junge Pflegebedürftige bräuchten jedoch andere Unterstützung und Angebote als ältere. Zudem müsse die Situation der sogenannten „Young Carer“, der jungen pflegenden Angehörigen, viel

stärker berücksichtigt werden. Auch müsse ein eigenständiges Leistungsrecht für die fachliche Pflege diskutiert werden. Die derzeitigen Rahmenbedingungen für die Berufspflege, ohne Verankerung im Sozialgesetzbuch, seien nicht einmal annähernd ausreichend. Daher drohe eine massive Unterversorgung pflegebedürftiger Menschen.

Die Ausschussmitglieder wollen zeitnah ein Positionspapier erarbeiten, das alle wichtigen Kritikpunkte zusammenfasst und gemeinsame Forderungen und Lösungsansätze beinhaltet.